

Initiativantrag
der unterzeichneten Abgeordneten
betreffend
faire Besteuerung von Online-Konzernen und Schutz des österreichischen Einzelhandels

Gemäß § 25 Abs. 6 Oö. LGO 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, sich zur Sicherstellung fairer Wettbewerbsbedingungen zwischen Einzelhandel und multinationalen Online-Anbietern bei der Bundesregierung für die Regulierung internationaler Online-Konzerne einzusetzen. Dafür soll ein Maßnahmenpaket ausgearbeitet werden, das insbesondere eine faire Besteuerung sowie die Prüfung arbeits- und umweltrechtlicher Standards bei internationalen Online-Anbietern sicherstellt.

Begründung

Durch die auf Grund der COVID-19-Pandemie verhängten Maßnahmen hat der Online-Handel massiv zugenommen. Vor allem Online-Giganten wie Amazon profitieren davon, während der österreichische Einzelhandel mit dieser Entwicklung massiv zu kämpfen hat und in weiterer Folge viele Arbeitsplätze im stationären Handel bedroht sind. Seit Ausbruch der Pandemie musste bereits jeder zehnte österreichische Einzelhändler zusperren. Trotz hoher Gewinne, die zumeist auch auf Kosten von Umwelt und prekär beschäftigten ArbeitnehmerInnen erwirtschaftet werden, zahlen die von der Krise besonders profitierenden Online-Konzerne in Österreich kaum Steuern und tragen somit auch kaum zur Abfederung der wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie bei. Die Initiative Wirtschaftsstandort Oberösterreich (IWS) hat berechnet, dass dem Staat auf Grund fehlender Regulierung und Steuerschlupflöcher durch den ausländischen Online-Versandhandel rund 600 Millionen Euro pro Jahr entgehen.

Die unterzeichneten Abgeordneten appellieren an die österreichische Bundesregierung, für die Beseitigung der unfairen Wettbewerbsbedingungen zwischen den großen internationalen Online-Konzernen und dem Einzelhandel zu sorgen, um den stationären Handel in Österreich und die damit zusammenhängenden Arbeitsplätze zu schützen. Eine wesentliche Voraussetzung zur Erreichung dieses Ziels ist neben der Prüfung arbeits- und umweltrechtlicher Standards vor allem die faire Besteuerung der großen Online-Anbieter.

Zu diesem Zweck wird die Bundesregierung aufgefordert, sich auf EU-Ebene für die Einführung einer digitalen Betriebsstätte einzusetzen. Damit wären digitale Unternehmen verpflichtet, eine solche digitale Betriebsstätte in jenen Ländern zu gründen, in denen sie aktiv sind. In weiterer Folge könnte man eine Umgehung von nationalen arbeitsrechtlichen Bestimmungen oder steuerlichen Verpflichtungen durch Online-Konzerne wesentlich leichter verhindern.

Solange es zu keiner europäischen Einigung in diesem Bereich kommt, fordern die unterzeichneten Abgeordneten, die derzeit in Österreich bestehende Digitalsteuer weiterzuentwickeln.

Linz, am 9. März 2021

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

Lindner, Weichsler-Hauer, P. Binder, Schaller, Müllner, Rippl, Bauer, Peutlberger-Naderer, Krenn, Promberger

(Anm.: ÖVP-Fraktion)

Dörfel

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

Mahr, Kattnigg, Schießl, Pröllner, Kroiß

(Anm.: Fraktion der Grünen)

Hirz